

Erscheint wöchentlich zweimal mit illust. Sportblatt. Illust. Gratis-Zeitschriften „Der Weltspiegel“...



Inserten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW 100, Rudolf-Mosse-Haus...

Berliner Tageblatt

58. Jahrgang + Nr. 214

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 8. Mai 1929.

Die Sowjetwirtschaft und das Ausland.

Der „Einheitskredit“ der Sowjetschuldner am internationalen Kapitalmarkt. — Sorgfältige Kreditplanung. — Das Wendejahr 1927. — Zunehmende Valutaknappheit. — Der „Potential decrédit“ der Sowjetwirtschaft im Ausland. — Gegenwärtig 227 Rubel im Durchschnitt. — Nach Fünfjahresplan jährlich rund 500 Millionen Rubel. — Der Drang zur Anleihe.

Von unserem Korrespondenten PAUL SCHEFFER.

Die Zentralisierung der Sowjetwirtschaft spiegelt sich gegenüber dem Ausland in dem Aussenhandelsmonopol und dem Monopol des Valutenverkehrs mit dem Ausland. Dass sämtliche Zahlungsverpflichtungen der Sowjetwirtschaft gegenüber dem Ausland in der Hand der zuständigen Sowjetzentrale zusammenfließen, erlaubt ihr eine unbedingte Kontrolle über sie, und mehr noch: ihre Behandlung nach vollkommen einheitlichen Gesichtspunkten. Demass wirkt diese Zentralisierung, dass praktische keine Unterschiede zwischen „guten“ und „schlechten“ Sowjetwechslern bestehen, denn wenn befristete Zahlungsverpflichtungen auch von einzelnen Sowjetorganen und -betrieben als juristischen Personen aufgenommen werden, etwa von den Handelsvertretungen, den Syndikaten, der Riesenkooperative „Centrosjuz“, so würde der „sozialisierte Sektor“ der Sowjetwirtschaft 52 Prozent der Gesamtwirtschaft, nach Sowjetangaben, und damit der Sowjetstaat selbst, unter keinen Umständen eine dieser Stellen notwendig werden lassen. Das heisst, dass tatsächlich der ausländische Kredit jeder einzelnen dieser Unternehmungen ebenso beschaffen ist, wie der des ersten sozialistischen Staates selbst, wofür die einheitliche Prämie der Kreditversicherungen, soweit sie gegeben werden, deutlich Zeugnis ablegt.

In bestimmten Sinn hat diese Vereinheitlichung des Kredites Schattenseiten. Sinkt der Kredit des Sowjetstaates, so sinkt automatisch auch die Wertung der Verpflichtungen aller seiner Organe gegenüber dem Ausland. Ferner sind inländische Objekte bisher zur Pfandleistung seitens der Sowjetwirtschaft nur sehr selten in Frage gekommen. Der Sowjetstaat ist gegenüber dem Gläubiger gleichzeitig Rechtsbürge und Partei. Die Bereitstellung von Pfändern muss also vielfach eben aus den Mitteln erfolgen, die draussen der Sowjetwirtschaft zur Verfügung stehen, und diese Mittel sind nur aus der Handelsausführung oder mit Edelmetallen zu stellen, d. h. aus einem im Verhältnis zu den Bedürfnissen, der Entwicklung und dem Umfang der Sowjetwirtschaft, wie wir wissen, ganz abnorm beschränkten Fonds. Am schwersten wiegt aber ein Einwand, der organisch aus dem allgemeinen Wesen der sozialistischen Zentralisierung folgt, dass nämlich der Anreiz des Personalkredites, der in den bürgerlichen Ländern in verschiedener Weise eine so grosse Bedeutung hat, im Verhältnis des internationalen Kapitals zur Sowjetwirtschaft, keine Rolle spielen kann. Jedes Geschäft mit der Sowjetunion enthält schliesslich das gleiche Quantum von Vertrauen, weil eben letztlich immer der Staat haftet, ja „abschliesst“. Hier liegt, neben den bekannten politischen Hemmungen, einer der Hauptgründe für die weitgehende Passivität des bürgerlichen Kapitals. Der persönliche Eindruck der Sowjetvertreter kann da einiges, aber nicht alles ersetzen. Aber gerade in den Anfangsjahren ihres Kreditaufbaues hat die Staatsbank mit bedeutender Wirkung einen ausgezeichneten Fachmann an ihrer Spitze gezeigt.

Die Sowjetwirtschaft hat den Umfang ihrer ausländischen Verschuldung von Beginn mit der grössten Sorgfalt reguliert. Die kleinste Vermässnis konnte von ihren Feinden zu einem allgemeinen Sturz des roten Kredites ausgenutzt werden. Diese Feinde gehen heute zu, dass sich von dieser Seite dem bolschewistischen Ungeheuer

FÜNF PUNKTE SCHACHTS?

Frankreich und Belgien gegen jede Revisionsmöglichkeit.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

PARIS, 7. Mai.

Die Gläubigersachverständigen haben von den Ziffernskalen des Young-Planes offizielle Kenntnis genommen, aber ehe sie sich zu diesen Vorschlägen äussern wollen, haben sie den Vorsitzenden um nähere Angaben über die geplante Verteilung der deutschen Zahlungen auf die einzelnen Länder, sowie um die Bekanntgabe der deutschen Vorbehalte gebeten. Der Verteilungsschlüssel ist heute den Delegationen übermittle worden und wenn die Pariser Abendpresse richtig informiert ist, so sind die Ziffern wohl für Frankreich etwas günstiger als man erwartet hatte, denn es wird heute schon von einem Betrag von 44 Milliarden Francs für die „Indemnité nette“ gesprochen, während man sie bisher nur auf 42 bis 43 Milliarden schätzte. Gegenüber den in dem Gläubiger-Memorandum enthaltenen französischen Forderungen würde sich also nur noch ein Abstand von 6 Milliarden Francs ergeben. Die deutschen Vorbehalte, die nach einer Meldung des „Journal des Débats“ insgesamt aus fünf Punkten bestehen sollen, sind den Gläubigersachverständigen bis heute nachmittags noch nicht vorgelegt worden. Von ihnen hängt, wie es heisst, gegenwärtig alles ab. Die französischen und die belgischen Sachverständigen, die sich vollkommen einig sind, sollen die Ab sicht haben, sich jeder deutschen Bedingung zu widersetzen, die in irgendeiner Form gewisse Revisionsmöglichkeiten des Young-Planes vorsieht.

sprochen, während man sie bisher nur auf 42 bis 43 Milliarden schätzte. Gegenüber den in dem Gläubiger-Memorandum enthaltenen französischen Forderungen würde sich also nur noch ein Abstand von 6 Milliarden Francs ergeben. Die deutschen Vorbehalte, die nach einer Meldung des „Journal des Débats“ insgesamt aus fünf Punkten bestehen sollen, sind den Gläubigersachverständigen bis heute nachmittags noch nicht vorgelegt worden. Von ihnen hängt, wie es heisst, gegenwärtig alles ab. Die französischen und die belgischen Sachverständigen, die sich vollkommen einig sind, sollen die Ab sicht haben, sich jeder deutschen Bedingung zu widersetzen, die in irgendeiner Form gewisse Revisionsmöglichkeiten des Young-Planes vorsieht.

London und die deutschen Vorbehalte.

Der Optimismus etwas gedämpft.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

LONDON, 7. Mai.

Der Optimismus, mit dem man hier gestern die Konferenzsicht in Paris beurteilte, hat durch die heute von dort kommenden Berichte einen leisen Dämpfer erhalten. Zwei Gründe sind für diesen Stimmungswandel massgebend. Erstens sollen die deutschen Vorbehalte zu dem Young-Plan nach den Meldungen der Pariser Korrespondenten so heikler Art sein, dass selbst Josiah Stamp, der zweifellos den festen Willen habe, alle Wege zu einem Uebereinkommen zu ebnen, sich nicht sehr günstig aufgenommen haben soll. Zweitens erscheine die Haltung Frankreichs und Italiens mehr als zweifelhaft. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ berichtet, Moreau habe, als er telefonisch nähere Einzelheiten über den Youngschen Plan erfuhr, sofort erklärt, der Plan sei für Frankreich nicht annehmbar. Demgegenüber weist Pertinax im „Daily Telegraph“ darauf hin, dass sich Frankreich mit 50 Milliarden Francs zur Deckung der Wiederaufbaukosten zufrieden geben wolle,

nachdem seine Schuldenszahlungen an England und die Vereinigten Staaten durch die Reparationen gedeckt seien. Der Pariser „Times“-Korrespondent protestiert heftig dagegen, dass man in Paris versuche, die durch das Abkommen von Spa für die einzelnen Alliierten festgesetzten prozentualen Anteile an den deutschen Annuitäten umzustossen, um auf diese Weise England die Last eines Zugeständnisses aufzubürden. Auch „Daily Mail“ und „Morning Post“ wenden sich scharf gegen jede Herabsetzung der britischen Quote und gegen jede neue Belastung des britischen Steuerzahlers. Während „Daily Mail“ das Young-Schach-Kompromiss nach wie vor ablehnt, meint „Morning Post“ mit einem Anstoss gegen die Vereinigten Staaten, das neue deutsche Angebot sei zweifellos für die Vereinigten Staaten durchaus annehmbar, weil es die alliierten Schuldenszahlungen an Amerika decke. Es sei weniger annehmbar für England; für Frankreich und Italien bedeute es aber erhebliche Verluste. Insbesondere Frankreich stehe vor einer schweren Entscheidung. Immerhin müssten es sich aber die Alliierten reichlich überlegen, ob sie nicht noch weniger erhalten, wenn sie das deutsche „Gebot zurückweisen. Tatsächlich scheint jetzt bei den Pariser Verhandlungen ein erbitterter Kampf der alliierten Mächte bevorzustehen, also gerade das, was man hier in London habe vermeiden wollen.

schwerlich beikommen liesse. Aber alle Vorsicht hat es nicht verhindern können, dass die Handhabung ihrer finanziellen Auslandsverpflichtungen der Sowjetregierung immer mehr Sorgen macht. Das Verbot der Einfuhr ihrer eigenen Geldzeichen ist dafür bezeichnend: nur wenn eine Kontrolle über jeden Kopeken, jeden Cent im Zahlungsverkehr über die Grenze möglich ist, kann offenbar der Sowjetstaat die Dinge in der Hand behalten. 1924 wünschte er die Quotierung des Rubels an der Berliner Börse. Wäre sie zustande gekommen, so wäre heute die Verlegenheit gross, aber freilich auch der Einfluss des westlichen Kapitals auf die Sowjetfinanzen ganz ungleich stärker, als es der Fall ist. So sah sich der Sowjetstaat im Auslande auf Finanzierungen in Form von Krediten und Lombardierungen beschränkt. Er erhielt auch 1926 vom Reiche einen Warenkredit über 300 Millionen, dem weitere von anderen Regierungen folgten. Finanzkredite erhielt er von Privaten, aber immer nur in sehr beschränkter Masse.

In der Tat entwickelte sich eine Krise. Anfang 1927 war es den Eingeweihten bereits klar, dass für dies Jahr ein Viertel der Ausfuhr durch den Ausfall des Getreides in Frage gestellt sei. Damit aber auch die Ausdehnung der Kreditaufnahmen. Es wurde versucht, den kritischen Punkt durch Verstärkung des industriellen Exports zu überwinden, aber infolge von technischen als psychologisch-politischen Umständen, ist mit der Wiederaufnahme des Getreideexports bis 1930, oder noch wahrscheinlicher 1931, nicht zu rechnen. Man stopft das Loch zum grossen Teil aber auf Kosten der Deckung des Inlandsbedarfs. Dabei steigt der Einfuhrbedarf unter den gebie-

terischen Forderungen der Industrialisierung. Die Aufnahmefähigkeit an Krediten, die finanzielle Bewegungsfreiheit im Auslande muss parallel darunter leiden, d. h. stagnieren. Wie knapp es heute steht, zeugen Einzelzüge wie die Verenthaltung von Valuten an Ausreisende, selbst zur Erreichung ihres Reiseziels, oder die Schwierigkeiten, auf die die Auszahlung von Auslandsüberweisungen in Valuta bei den Sowjetbanken stösst. Keine der dazu befugten Stellen nimmt mehr Bestellungen auf ausländische Zeitungen. Transporth Transporte aus dem Osten sind in Valuta zu bezahlen. Symptome. Aber im letzten Halbjahr ist die Einfuhr gegen den gleichen Abschnitt von 1928 um 11,3 Prozent gedrosselt worden! Man sieht, der Engpass wird sehr schmal, aber das bedeutet noch nicht, dass er in einer Sackgasse endigen muss. Die Sowjetfinanz drängt unter diesen Umständen mehr denn je auf langfristige Kredite, für die sie einen Durchschnitt von zwei Jahren erreicht hat, aber die englische Delegation hat viel längere Termine zu hören bekommen. Moskau drängt zugleich auf möglichst globale Kredite, zur Erhöhung der Uebersichtlichkeit, zur Heranziehung mächtiger Kapitalgruppen, die ihren Kredit zu stützen vermögen. Von selbst ergibt sich dadurch der Gedanke an Anleihen, an die Finanzanleihe, wenn möglich. Alle Umstände drängen zu ihr.

Es ergibt sich die Frage, in welchen Grenzen sich die Manipulierfähigkeit des Sowjetkredites in den vergangenen Jahren bewegt haben mag und weiter wohl bewegen wird. Wir haben dafür ein ungefähres Mass in demjenigen Teil ihrer Einfuhr, der sich zu Kreditierungen überhaupt eignet. Finanzkredite kommen, wie gesagt,

RG er Art LDORF STR. 31-33

ten bel 12 RATS-RATEN atz 122/123

ragen 100.

trial Inland schmerz. 9629 bef. mburg 1.

obel 82-84.